

Aus Bund und Ländern

SPD: „§ 218 aus dem Wahlkampf heraushalten!“

BONN. In Verbindung mit der Forderung, den § 218 StGB und das Thema Schwangerschaftsabbruch aus dem Wahlkampf herauszuhalten, hat die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herta Däubler-Gmelin, angekündigt, die SPD werde zum zehnten Jahrestag der Gesetzesreform vom Februar 1976 im Bundestag eine Erklärung einbringen. Die SPD werde sich allen Versuchen widersetzen, die vor zehn Jahren auf dieser Grundlage eingeführten Regelungen zu ändern. EB

Klinik rechnet zu Festpreisen ab

KIEL. Die (private) Augenklinik Dr. Uthoff in Kiel-Bellevue erprobt in einem zunächst auf drei Jahre befristeten Modellversuch seit 1. September 1985 ein vom bisherigen Pflegesatzberechnungsverfahren abweichendes Entgeltsystem: Statt pauschalierter Tagespflegesätze berechnet die Klinik nunmehr Entgelte zu diagnosebezogenen Festpreisen. Dies ist mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Kiel und den übrigen Verbänden der gesetzlichen Krankenversicherung sowie dem Verband der privaten Krankenversicherung vereinbart worden. Der Modellversuch wird von der Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen, Kiel, ausgewertet. Diagnoseabhängige Fallpauschalen als Abrechnungssystem im Krankenhaus sind vor zwei Jahren in einigen Bundesstaaten der USA, so in New Jersey, erprobt und inzwischen auf weitere Staaten ausge-



1984 starben bei Verkehrsunfällen in der Bundesrepublik noch 10 199 Menschen. In den ersten neun Monaten 1985 starben bei Verkehrsunfällen 20 Prozent weniger als 1984. Von Januar bis September 1985 waren dies 6085 Todesopfer. Die Zahl der Verletzten reduzierte sich um 10,9 Prozent auf 316 267. Die Zahl der Unfälle ging in den ersten neun Monaten des Jahres 1985 um 7,2 Prozent auf 245 561 zurück. Globus/DÄ

dehnt worden (vgl. DÄ 37/1985, Seite 2616; 42/1985, Seite 3048). Nach ersten Erfahrungen mit dem seit Oktober 1983 schrittweise eingeführten System der DRG („Diagnosis Related Groups“) sind Verweildauerer kürzungen und Kosteneinsparungen erzielt, aber auch Ausweichreaktionen festgestellt worden. Das DRG-System umfaßt 467 verschiedene Diagnose-Gruppen.

Kurzfristig hat auch das Bundesarbeitsministerium einen Forschungsauftrag mit dem Titel „Vorstudie zu diagnoseabhängigen Fallpauschalen“ vergeben, der bis Ende März 1987 fertiggestellt sein soll. Das Projekt wird von der Projektgemeinschaft Gemeinnützige Gesellschaft für angewandte wissenschaftliche Forschung mbH, Herdecke; und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst und Whinney GmbH, Frankfurt/Main, bearbeitet. HC

Der Umweltschutz gehört in die Gesundheitsämter

BAD KISSINGEN. Auf einer Tagung des Deutschen Beamtenbundes hat der frühere Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Leitender Medizinaldirektor Dr. Eberhard Pfau, unterstrichen, daß der gesundheitliche Umweltschutz Pflichtaufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes sei und bleiben müsse.

Wenn jetzt bei Kommunen, Kreisen und Ländern in zunehmendem Maße eigene Ämter oder Verwaltungen für den Umweltschutz eingerichtet werden, so entstehe die Gefahr, daß der Schutz von Tieren, Pflanzen oder Ökosystemen in den Vordergrund tritt und darüber vergessen wird, daß es letzten Endes um den Schutz der Gesundheit des Menschen geht. Hierfür sachverständig seien auf diesem Feld nun einmal die Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Hygieniker. Der gesundheitliche Umweltschutz müsse jedenfalls Pflichtaufgabe der Gesundheitsämter bleiben. EP

Akademie für Homöopathie und Naturheilkunde

HANNOVER. Die niedersächsische Landesregierung will gemeinsam mit interessierten Verbänden und Ärzten eine Akademie für Homöopathie und Naturheilkunde errichten.

Sozialminister Hermann Schnipkoweit verwies in diesem Zusammenhang auf das steigende Interesse bei Ärzten und in der Bevölkerung an diesen Zweigen der Medizin. Die Akademie solle For-

schungsvorhaben unterstützen und betreuen sowie die Fortbildung fördern, damit die naturwissenschaftlich ausgerichtete Medizin und die Naturheilkunde sich ernsthaft miteinander auseinandersetzen und möglicher Scharlatanerie Einhalt gebieten können. WZ

Ausland

AIDS auch in der Sowjetunion

MOSKAU. Nachdem vor einigen Wochen der Direktor des Iwanowski-Instituts für Virologie, Viktor M. Schdanow, in einer Kulturzeitschrift zum ersten Mal zugegeben hatte, daß es in der Sowjetunion auch AIDS-Fälle gebe – „weniger als die Finger einer Hand!“ –, fand nun in Moskau eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Dazu drängten sich in einem Hörsaal etwa 1000 Teilnehmer aus allen Bevölkerungsschichten, die nach einem Vortrag auch eifrig diskutierten.

Zweck der Veranstaltung war offensichtlich, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß AIDS aus dem westlich-kapitalistischen Lebensstil herrührt, den es in der Sowjetunion nicht gebe; beste Vorbeugung sei deshalb, den Kontakt mit Ausländern noch mehr zu meiden. Der Vortragende betonte erneut, es gebe bisher nur sehr wenige Fälle in der UdSSR, die von Ausländern eingeschleppt worden seien. Westliche Geschäftsleute in Moskau, die AIDS-Test-Kits vertreiben, meinen allerdings an Hand ihrer Verkaufszahlen, es müßte schon einige hundert Fälle geben.

Eine andere Empfehlung: Blutspenden sollten nur noch von Frauen angenommen werden, da die offensichtlich weniger anfällig für AIDS seien. bt